



Politische Rahmenbedingungen für Windenergie in Entwicklungsländern einschließlich Schwellenländer aus Sicht des BMZ

Franz Marré

Leiter des Referats Wasser, Energie, Stadtentwicklung
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Entwicklung braucht Energie

- Alle Länder, ganz besonders die Entwicklungsländer, haben ein Recht auf Wachstum. Dafür ist Energie nötig.
- In ihrem „World Energy Outlook 2006“ prognostiziert die Internationale Energieagentur einen 55% höheren Energiebedarf bis 2030. Mehr als 70% dieser Steigerungen werden in Entwicklungs- und Schwellenländern verursacht.
- Die Begrenzung der Klimafolgen sowie die steigenden Kosten und die Endlichkeit der fossilen Energieressourcen erfordern die globale Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien und höherer Energieeffizienz.
- Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist es, mehr Menschen mit Energie zu versorgen, um ihre Lebensbedingungen und -chancen zu verbessern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass lokale und globale Umweltschäden und Klimarisiken so weit wie möglich vermieden werden.

Folgeprozess der Renewables 2004 in Bonn

- Von der Renewables 2004 ging ein weltweites Aufbruchsignal hin zu einem stärkeren Ausbau erneuerbarer Energien und einer globalen Energiewende aus. Die zwei wichtigsten politischen Botschaften waren:
 - Erneuerbare Energien können dabei helfen, die weltweite Armut zu überwinden.
 - Erneuerbare Energien sind – neben der Erhöhung der Energieeffizienz – unverzichtbar für den Klimaschutz und ermöglichen eine sichere, vom Öl unabhängige Energieversorgung.
- Der Renewables-Prozess geht weiter: Peking 2005, Washington 2008, Indien 2010. Wesentliche Ergebnisse der Renewables Konferenzen:
 - 66 Länder haben Zielmarken für die Nutzung Erneuerbarer Energien (policy targets) oder eine auf RE ausgerichtete Förderpolitik.
 - In 37 Ländern wurden Einspeisetarife als wichtiges Element der Förderpolitik eingeführt, mehr als die Hälfte dieser Länder sind seit 2002 dazu gekommen.
 - Der „WIREC International Action Program“ vom März 2008 umfasst insgesamt 145 Selbstverpflichtungen. Von 22 Regierungszusagen beinhalten 6 konkrete Ausbauziele für Windenergie mit einem Umfang von ca. 9.000 MW



Internationaler Politikdialog im Energiebereich

- Während der deutschen EU-Präsidentschaft wurde eine umfassende Energiepartnerschaft zwischen Afrikanischer und Europäischer Union angestoßen
- IRENA: Die Gründungskonferenz wird im Januar 2009 in Bonn stattfinden. Die Arbeit der IRENA soll die Förderung aller Formen erneuerbarer Energien umfassen, einschließlich der Windenergie.
- In Toyako verständigten sich dieses Jahr die G8 Staaten – und erstmals auch die USA - darauf, die weltweiten CO₂-Emissionen bis 2050 um mindestens 50% zu reduzieren

Der Politikdialog schafft die Grundlage für partnerschaftliche Zusammenarbeit und Kohärenz der Geber und dient letztlich der Mobilisierung zur globalen Energiewende.

Erneuerbare Energien in der Entwicklungszusammenarbeit

- Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert derzeit Energievorhaben in rund 50 Partnerländern sowie eine Reihe von regionalen und weltweiten Projekten
- Fördervolumen 900 Mio. Euro 2008 für Vorhaben im Bereich Klima und Energie (davon ein Großteil für Energievorhaben) – Anstieg der klimarelevanten Ausgaben 2009 auf 1 Mrd. Euro
- Deutschland setzt zunehmend auf einen engen Schulterschluss mit anderen Geberländern. Beispiel ist die Deutsch-Niederländische Energiepartnerschaft (Energising Development)
- Das BMZ fördert den Windenergieausbau
 - durch die GTZ in 11 Ländern.
 - durch die KfW flossen im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren über 200 Mio. EUR in Windenergievorhaben.
- Die globale Energiewende kann nur durch Einbeziehung der Privatwirtschaft erreicht werden. Es bestehen vielfältige Möglichkeiten, entwicklungspolitische Ziele und privatwirtschaftliches Engagement zu verbinden.